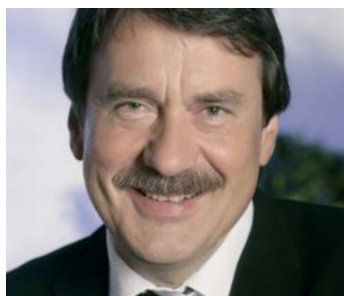


EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER, LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

die CDU/FDP-Landesregierung macht es sich mal wieder sehr einfach: ob in der Bildungspolitik, den künftigen Verwaltungsstrukturen in Niedersachsen, bei Minister-Reisen auf Kosten von Unternehmen oder bei der angekündigten Schließung des Conti-Reifenwerks in Hannover. Die SPD-Fraktion hat in zahlreichen parlamentarischen Initiativen deutlich gemacht, dass das so nicht geht. Die neueste Ausgabe des TiL greift die Pläne der Landesregierung auf, beleuchtet sie kritisch und informiert über die SPD-Positionen zu einem sinnvollen und verantwortungsvollen Umgang mit den Interessen von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es geht um niedersächsische Interessen.

Ich wünsche allen viel Spaß beim Lesen.

Euer

Wolfgang Jüttner

SPD BEANTRAGT ENQUETE-KOMMISSION

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Niedersachsens beantragt die SPD die Einsetzung einer Enquete-Kommission

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Thema »Zukunftsfähiges Niedersachsen - leistungsfähige Kommunen, bürgernahe Verwaltung« beantragt. Sie soll sich mit der zeitgemäßen Weiterentwicklung zukunfts- und leistungsfähiger, effizienter und bürgernahe Verwaltungsstrukturen in Niedersachsen befassen. Dazu Johanne Modder, innenpolitische Sprecherin: »Wir alle wissen, dass unser Land vor großen Herausforderungen steht. Globalisierung und Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen führen zu einem verschärften überregionalen und internationalen Wettbewerb der Standorte sowohl in Europa wie auch innerhalb Deutschlands und Niedersachsens. Die europäische Förderkulisse setzt Standards bis hinunter auf die regionale Ebene der Länder. Daher sind wir aufgefordert, ein stimmiges und zukunftsfähiges Konzept zu erarbeiten, damit Niedersachsen den Anschluss nicht verpasst.«

Die demografische Entwicklung, die mangelnde finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene sowie die Komplexität der Aufgaben zeigen uns derzeit Grenzen der Leistungsfähigkeit auf. Das Ergebnis der vom Landtag in der vergangenen Legislaturpe-

riode eingesetzten Enquete-Kommission »Demografischer Wandel – Herausforderungen an ein zukunftsfähiges Niedersachsen« ist unstrittig: Niedersachsen steht vor großen demografischen Veränderungen, die unmittelbare Auswirkungen auf zentrale Fragen der Organisation des Gemeinwesens haben werden. Die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Kommunen spielt dabei eine entscheidende Rolle. Auf der Grundlage von Aufgabenanalyse und -kritik müssen die bestehenden Verwaltungsstrukturen und -abläufe den veränderten Anforderungen angepasst werden. Auch die schwarz-gelbe Landesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt, überlässt die weitere Entwicklung aber mehr oder weniger dem Zufall. Die SPD-Vizefraktionschefin erklärt dazu: »Die Herren Wulff und Schünemann winken mit vagen Hochzeitsprämien und überlassen dieses Thema damit mehr oder weniger dem Zufall. Wir wären jedoch schlecht beraten, wenn wir bei der weiteren Entwicklung unserer Verwaltungsstrukturen jeglichen ordnungspolitischen Anspruch aufgeben.«

Modder weiter: »Begrenzte finanzielle Handlungsspielräume erfordern, die vorhandenen Ressourcen effizient zu nutzen.

Fortsetzung auf Seite 2



Johanne Modder,
innenpolitische
Sprecherin und stv.
Fraktionsvorsitzende

**Weiterführende
Informationen finden Sie
im Internet unter
www.spd-landtag-nds.de,
Menüpunkt Publikationen
Entschließungsantrag**

»Einsetzung einer
Enquete-Kommission
›Zukunftsfähiges Nieder-
sachsen – leistungsfähige
Kommunen, bürgernahe
Verwaltung«
vom 5. März 2009
(Drs. 16/990)

**Abschlussbericht der
Enquete-Kommission
›Demographischer
Wandel – Herausforde-
rung an ein zukunftsfä-
higes Niedersachsen« vom
5. Juli 2007 (Drs. 15/3900)**

Fortsetzung von Seite 1

Dazu müssen neben den Verwaltungsstrukturen auch die Strukturen der Gebietskörperschaften auf den Prüfstand gestellt werden. Die Bereitschaft auf der kommunalen Ebene, sich zu größeren Gebietskörperschaften zusammenzu-

schließen, muss durch ein stimmiges Gesamtkonzept unterstützt werden. Eine Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen kann dazu beigetragen, die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens zu sichern. Meine Vorstel-

lung ist, dass die Enquete-Kommission im Vorfeld gesetzlicher Regelungen entsprechende Empfehlungen erarbeiten kann. Dafür bedarf es jedoch eines Umdenkens von CDU und FDP, die sich bislang einer solchen Diskussion verweigern.«

HEILIGENSTADT: ES BRENNT IN DER NIEDERSÄCHSISCHEN SCHULLANDSCHAFT

Es brennt schon länger an den niedersächsischen Schulen. Nun hat der Ministerpräsident das Ruder in der Bildungspolitik übernommen – und nichts wird besser (siehe Link). Im Gegenteil.



Das Bildungsschiff nimmt Kurs auf das nächstbeste Riff.

Dass die Kultusministerin ihr Handwerk nicht versteht, hat sie im letzten Jahr zuhauf bewiesen:

- Sie versagte bei der Neustrukturierung der Schulaufsicht und der Landes Schulbehörde.
- Sie hat eine neue Schulleiterarbeitszeitverordnung versprochen, die bis heute nicht da ist.
- Sie schuldet den Schulen immer noch ein Konzept

für den Beratungs- und Unterstützungsbedarf der eigenverantwortlichen Schule.

- Sie bekommt es nicht einmal beim Finanzminister geregelt, dass Schulen eigene Girokonten führen dürfen.

Nachdem auch bei CDU und FDP die Erkenntnis gereift war, dass es so nicht mehr weitergeht, griff Wulff ein und hat zusammen mit Frau Heister-

Neumann am 24. 2. 2009 ein Konzept vorgestellt, das unter dem Titel »Bildungsland Niedersachsen« fortschrittliches und schlüssiges Handeln suggerieren sollte. Das Etikett »Konzept« hat es aber nicht verdient und der Titel »Bildungsland« muss den betroffenen Akteuren in der Bildungspolitik wie Hohn in den Ohren klingen (siehe Kritikpapier).

Fortsetzung auf Seite 3

DIE FAKTEN ZUR LAGE AN DEN SCHULEN:

- Es fehlen 2000 Lehrkräfte und damit ca. 50.000 Unterrichtsstunden. Die Unterrichtsversorgung wird zum Dauernotstand an den Schulen!
- Hauptschulen verzeichnen rasant sinkende Schülerzahlen. Und nun sollen die Schülerinnen und Schüler auch noch an zwei Tagen in der Woche an Berufsbildenden Schulen (BBS) unterrichtet werden.
- Gesamtschulen werden drangsalieren. Nachdem sie zunächst für fünf Jahre vollständig verboten wurden, baute man neue Hürden für neu beantragte Gesamtschulen auf, nahm ihnen die Ganztagsoption und nun soll auch noch – ohne pädagogische Begründung – das Fiasko des G8 an die Gesamtschulen transportiert werden.
- Die Gymnasien platzen aus allen Nähten und müssen ihren Schülern Unterrichtspläne zumuten, die viele Kinder nicht mehr aushalten. Körperlich, seelisch oder auch leistungsmäßig.
- Erfolgsmodelle wie die vollen Halbtagschulen werden zur Ader gelassen, um die Verfehlungen der Landesregierung in der Lehrbedarfsplanung auszubügeln.



Frauke Heiligenstadt,
schulpolitische Sprecherin

Weiterführende Informationen finden Sie im Internet unter www.spd-landtag-nds.de
Menüpunkt Publikationen
»Kritikpapier«

Fortsetzung von Seite 2

Der Kapitän des Regierungsschiffes, Ministerpräsident Wulff, hat keinen Kompass und macht Bildungspolitik mit dem Rotstift. Fast alle Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung sollen aus dem vorhandenen Bestand »erwirtschaftet« werden. Er macht Bildungspolitik von gestern und beharrt stur darauf, das gegliederte Schulsystem zu erhalten. So fährt die Bildung in Niedersachsen gegen die Wand und die Chancen aller Kinder werden zerstört.

Niedersachsen braucht eine Bildungspolitik, die ein regional angemessenes, vollständiges und chancenreiches Bildungsangebot ermöglicht, und unsere Schulen brauchen 2000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer. Die Schüler und Schülerinnen haben mehr verdient als diese desaströse Bildungspolitik. Die Betroffenen werden sich wehren, es wird in den nächsten Wochen nicht ruhig bleiben. Die SPD wird die Akteure vor Ort unterstützen und ihre eigenen Vorschläge zur Diskussion stellen. (vgl. Link »Kritikpapier« von Seite 2)



DIE SPD IST DIE GARANTIN FÜR EIN ECHTES »BILDUNGSLAND NIEDERSACHSEN«. UNSERE VORSCHLÄGE:

Die SPD-Niedersachsen setzt Vorschläge dagegen, mit denen Niedersachsen zu einem wirklichen Bildungsland werden kann:

- **Wir fordern und garantieren** die Neueinstellung von 2.000 Lehrkräften, mit denen eine gute Unterrichtsversorgung sichergestellt werden kann.
- **Wir fordern und garantieren** 2.000 zusätzliche Plätze für die Ausbildung neuer Lehrkräfte und die Einführung von Studiengängen, die einen flexibleren Einsatz der Lehrkräfte an allen Schulformen ermöglichen.
- **Wir fordern und ermöglichen**, dass Gesamtschulen überall dort eingerichtet werden können, wo genügend Eltern und die Schulträger dies wollen. Dafür muss die Fünfüzigigkeit als Errichtungsvoraussetzung fallen.
- **Wir fordern und garantieren**, dass alle Gesamtschulen als echte Ganztagschulen geführt werden können. Langfristig wollen wir erreichen, dass alle Schulen zu Ganztagschulen werden.
- **Wir fordern und garantieren** Möglichkeiten, das Abitur in zwei Geschwindigkeiten, zu absolvieren, also den Erhalt des Abiturs nach 9 Jahren an Gesamtschulen.

Dieses Konzept baut auf der Grundüberzeugung der SPD auf, dass allen Kindern die besten Bildungsmöglichkeiten für eine wirkliche Chancengleichheit eröffnet werden muss. Dieses Konzept wird aber auch den Forderungen von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie den kommunalen Spitzenverbänden gerecht. Sie wollen wie wir eine gute Schule, flexible Modelle bei der Gestaltung der Schullandschaft und die Option, auch in kleineren Schulstandorten einen gymnasialen Abschluss erlangen zu können.

SCHOSTOK: KEINE SCHLISSUNG DER LKW-REIFENPRODUKTION DER CONTI IN HANNOVER

Die SPD-Landtagsfraktion hat auf die Ankündigung des Vorstandes der Continental AG, die LKW-Reifenproduktion am Standort Hannover endgültig einzustellen, mit großem Unverständnis reagiert. Aufgrund der Vorstandsentscheidung werden mindestens 780 Arbeitsplätze wegfallen. Das Unternehmen begründet die Entscheidung mit dem Auftragsseinbruch und der schlechten Kapazitätsauslastung für LKW-Reifen.

Der Konzern hatte in den letzten Jahren große Kapazitäten in Osteuropa aufgebaut und die Produktion in Deutschland Stück für Stück zurückgefahren. Gleichzeitig haben die Beschäftigten in Hannover Lohnverzicht geübt in der Hoffnung, dadurch das Werk erhalten zu können. Deshalb fordert der hannoversche Landtagsab-

geordnete Stefan Schostok: »Für die Continental AG und die Standorte muss eine langfristige Lösung gefunden werden. Statt kurzfristiger Entscheidungen für Produktionsschließungen müssen für die Unternehmensgruppe ein Gesamtkonzept und Perspektiven für die einzelnen Unternehmensbereiche entwickelt werden.«

In einem Entschließungsantrag hat die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die Landesregierung deshalb aufgefordert, tätig zu werden: Zur Abwendung einer weiteren Schwächung des Standortes ist jedes erdenkliche Engagement gegenüber der Konzernleitung zu ergreifen, um Radikallösungen abzuwenden und auf die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Unternehmensgruppe hinzuwirken.

Schostok fordert die Landesregierung auch auf, bei der Konzernleitung darauf hinzuwirken, dass im Stammwerk Hannover Forschung und Entwicklung und in Verbindung damit die Reifenproduktion langfristig gesichert werden. In jedem Fall muss die Landesregierung bei der Konzernleitung weiter darauf dringen, dass arbeitsmarktpolitische Instrumente – wie die Kurzarbeit – zur Überbrückung der Absatzkrise genutzt werden, so Schostok.

Die SPD hat in ihrem Antrag außerdem klargestellt, dass mögliche staatliche Hilfen für die in große Bedrängnis geratene Schaeffler/Conti-Gruppe nur unter der Bedingung gewährt werden, dass der Forschungs- und Produktionsstandort Hannover einschließlich der Reifenproduktion dauerhaft gesichert wird.



Stefan Schostok,
Sprecher für Innovation
und Wissenschaftstransfer

Weiterführende
Informationen finden Sie
im Internet unter
www.spd-landtag-nds.de,
Menüpunkt Publikationen

Entschließungsantrag
»Keine Schließung der
LKW-Reifenproduktion
der Continental AG
in Hannover – Arbeits-
marktpolitische Instru-
mente nutzen und eine
langfristige Strategie
entwickeln« (Drs.16/1041)

SCHLECHTE NOTEN FÜR SCHWARZ-GELBE LANDESREGIERUNG

Schlechte Nachrichten für die schwarz-gelbe Landesregierung: Ihre Arbeit wird von der mittelständischen Wirtschaft sehr kritisch bewertet. »Firmen wollen weniger Bürokratie – Mittelständler geben schwarz-gelber Landesregierung schlechte Noten«, titelte die »Neue Presse« am 06.03.2009. Im Mittelstandsbarometer der Beratungsfirma »Ernst & Young« haben 44 Prozent der befragten niedersächsischen Unternehmen die Arbeit der Landesregierung als »schlecht oder eher

schlecht« bewertet. Damit belegt Niedersachsen nur noch Platz 12 aller 16 Bundesländer bei der Zufriedenheit des Mittelstandes mit ihrer Landesregierung. Besonders die Bereiche Bildungspolitik und Infrastruktur wurden in Niedersachsen schlecht bewertet. »Bildungspolitik ist regelmäßig ein Stein des Anstoßes«, sagte der Autor der Studie. Ein Großteil der befragten Unternehmen wünschten sich einfachere, unbürokratischere und verlässlichere Strukturen.

Die Landesregierung hatte bereits im Jahre 2004 einen Beschluss zur Einsetzung einer »Projektgruppe Entbürokratisierung« gefasst, deren Erfolge offenbar auch von der Wirtschaft kritisch betrachtet werden. In der Zeitschrift »Die Baustelle«, Ausgabe Februar 2008, äußerte sich der Hauptgeschäftsführer des Baugewerbe-Verbandes Niedersachsen, Hans Espel, folgendermaßen: »Die abgeschafften Vorschriften kennt keiner, weil sie offenbar keine praktische Relevanz hatten.«

Weiterführende
Informationen finden Sie
im Internet unter
www.spd-landtag-nds.de,
Menüpunkt Publikationen

Mündliche Anfrage:
»Firmen wollen weniger
Bürokratie – Mittelständ-
ler geben schwarz-gelber
Landesregierung
schlechte Noten«
(Drs.16/1025)

BUNDESVERSAMMLUNG



Am 23. Mai 2009 wählt die 13. Bundesversammlung den nächsten Bundespräsidenten oder gar die nächste Bundespräsidentin. Aussichtsreichste Kandidaten sind Amtsinhaber Horst Köhler und seine Herausforderin Gesine Schwan. Wählt die Mehrheit der insgesamt 1224 ausgesuchten Frauen und Männer aus ganz Deutschland die ehemalige Präsidentin der Viadrina-Universi-

tät in Frankfurt/Oder zum nächsten Staatsoberhaupt, wird Gesine Schwan die erste Bundespräsidentin Deutschlands sein.

Aus Niedersachsen nehmen insgesamt 61 Delegierte an der bedeutenden Wahl in Berlin teil: unter anderem für die CDU 28 Delegierte, für die SPD 20. Bei der Zusammensetzung gibt es jedoch sehr große, vor allem aber bezeichnende Unterschiede: Im Gegensatz zu der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, die ausschließlich CDU-Abgeordnete zur Bundesversammlung entsendet, werden nur 4 Landtagsabgeordnete der SPD dabei sein. »Der SPD-Fraktion war es wichtig, möglichst weni-

ge Abgeordnete für die Wahl des Bundespräsidenten zu benennen. Wir wollten vielmehr, dass die Mehrheit einen repräsentativen Querschnitt durch alle Bevölkerungsgruppen in Niedersachsen darstellt. Der nächste Bundespräsident soll nicht der Bundespräsident der Abgeordneten sein, sondern aller Deutschen«, erklärt der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner. Die SPD-Fraktion habe deshalb Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, aus dem ehrenamtlichen Bereich, aus dem kulturellen und dem Sportbereich gebeten, an der Wahl des Staatsoberhauptes Ende Mai teilzunehmen.

Liste der SPD-Fraktion zur Bundesversammlung:
www.spd-landtag-nds.de
 Menüpunkt Publikationen

Die Bildergalerie vom Tag der offenen Tür im Internet:
www.spd-landtag-nds.de,
 Menüpunkt Veranstaltungen
 und
spdlink.de/n8hc

NAH BEI DEN MENSCHEN

Das SPD-Programm beim Tag der offenen Tür im Niedersächsischen Landtag



»Born to be Wild«: Zur Talkrunde der Motorradfahrer/innen fuhr der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Dr. Peter Struck, mit dem Motorrad vor.

Ein großer Erfolg war das SPD-Programm beim Tag der offenen Tür im Niedersächsischen Landtag am 7.3.09. Nicht alleine über »trockene« Politik wurde gesprochen; mit scheinbar »unpolitischen« Themen wie Fußball oder Motorradfahren wurde das Publikum ebenfalls unterhalten. Zum Beispiel bei

den Talkrunden, an denen zahlreiche Prominente teilnahmen. Unter anderem: Jens Rehagel, Leiter des Nachwuchsleistungszentrums von Hannover 96; Dr. Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion; Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (MdB); SPD-Landesvorsitzender Garrelt Duin; SPD-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Jüttner; Bernd Lange, Spitzenkandidat der SPD Niedersachsen für das Europaparlament, sowie die SPD-Europaabgeordnete Erika Mann, Europaabgeordnete der SPD Niedersachsen und zugleich Kandidatin zur Europawahl 2009.

Talkrunde »Damen-Wahl«: Bundesjustizministerin Brigitte Zypries bilanziert mit der SPD-Europaabgeordneten Erika Mann und der AsF-Landesvorsitzenden Ulla Groskurt die Frauenrechte, 90 Jahre nach Einführung des Wahlrechtes für Frauen. Moderation: Lothar Pollähne (v.l.n.r.)



Talkrunde »Fußball ist unser Leben«: Jens Rehagel, Leiter Nachwuchsleistungszentrum von Hannover 96, Garrelt Duin, SPD-Landesvorsitzender, Wolfgang Jüttner, SPD-Fraktionsvorsitzender, und Moderator Lothar Pollähne (v.l.n.r.)



LEUSCHNER: ENTWICKLUNG DES RECHTSEXTREMISMUS IST BESORGNISERREGEND

»Man kann die Wurzeln des Rechtsextremismus nicht bekämpfen, wenn man den Ursachen dieses gefährlichen Gedankenguts nicht auf den Grund geht«, erklärt die SPD-Rechtsextremismusexpertin Sigrid Leuschner.

Es ist erschreckend, wie viele junge Menschen nach den Ergebnissen der jüngst veröffentlichten Untersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen rechtsextremen, antisemitischen und menschenfeindlichen Aussagen zustimmen. Aber es ist kein ausschließliches Jugendproblem. Auch die Studie »Ein Blick in die Mitte« der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Ursachen des Rechtsextremismus weist eine Verfestigung fremdenfeindlicher Einstellungsmuster in einem nicht unerheblichen Ausmaß bei allen Altersgruppen, vor allem aber bis in die Mitte der Gesellschaft hinein auf. Die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen ist demnach in allen gesellschaftlichen Schichten in verstärktem Maße anzutreffen.

»Vor diesem Hintergrund müssen wir etwas für Menschenrechtsbildung tun und jeglichen Diskursen entgegen treten, die auf einer Ungleichwertigkeit von Menschen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer weltanschaulichen Ansichten, ihrer Hautfarbe oder auch ihrer gleichgeschlechtlichen sexuellen Orientierung beruhen. Diese Tendenzen sind im Rechtsextremismus immanent vorhanden«, sagt Leuschner. Deshalb könne man den Rechtsextremismus nicht

bekämpfen, indem man ihn mit Linksextremismus und Ausländerextremismus in einen Topf werfe. Als »höchst bedauerlich und im Ergebnis sogar möglicherweise kontraproduktiv« bezeichnet es Leuschner in diesem Zusammenhang, dass die Führung der CDU-Landtagsfraktion verhinderte, dass der Niedersächsische Landtag eine einstimmige Resolution gegen den am 1. Mai in Hannover geplanten Aufmarsch der Freien Kameradschaften verabschiedet. »In der Stadt und in der Region Hannover hatten die CDU-Vertreter kein Problem mit dem Resolutionstext. Im Landtag musste

jedoch von der CDU eine völlig sachfremde Formulierung hinzugefügt werden, die eine Einstimmigkeit im Landtag unmöglich gemacht hat. Es ist bedauerlich, dass der CDU im Landtag die Abgrenzung zur Linkspartei wichtiger ist als der entschlossene Kampf gegen den Rechtsextremismus«, erklärt Leuschner. »Dennoch bin ich froh, dass unterm Strich eine große Einigkeit unter den demokratischen Kräften besteht, ein deutliches Signal gegen die rechtsextremen Kräfte zu setzen. Weder am 1. Mai noch an irgendeinem anderen Tag ist Platz für Rechtsextremisten«, so Leuschner.



Sigrid Leuschner,
Expertin für Rechts-
extremismus

RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN, DEMOKRATIE FÖRDERN, MENSCHENRECHTSBILDUNG AUSBAUEN

Veranstaltung der SPD-Fraktion am 17.4.09

Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus und Rassismus sind eine Gefahr für die Demokratie und die politische Kultur in Deutschland. Alarmierend ist, dass sich auch bei vielen jungen Menschen nationalistisches, ethnozentristisches und antisemitisches Denken breit macht.

Rechtsextremistische Gruppen sind in den vergangenen Monaten in Niedersachsen verstärkt mit Kundgebungen und Demonstrationen öffentlich aufgetreten. Sie suchen bewusst die Provokation, wie aktuell mit der Anmeldung von Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai 2009. Mit ihrer Tagung will die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag einen Beitrag zu dieser inhaltlichen Auseinandersetzung leisten.

HAUPTREFERENTEN Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld

Prof. Dr. K. Peter Fritzsche

UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechtsbildung an der Universität Magdeburg

Freitag, 17. April 2009 ab 16.00 Uhr

Niedersächsischer Landtag, Raum 122,
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Anmeldeschluss: 14. April 2009.

Für Nachfragen und Anmeldungen wenden Sie sich bitte an:

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Christiane Kelly, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Telefon 0511.3030-4014, Fax 0511.3030-4809
Christiane.Kelly@LT.niedersachsen.de, www.spd-landtag-nds.de

STIEF-KREIHE: ANBAU VON GEN-MAIS SOFORT UNTERSAGEN!

Neuesten Umfragen zufolge lehnen mehr als 80 Prozent der Bevölkerung gentechnisch veränderte Organismen (GVO) ab. Die Diskussion über GVO nimmt in der aktuellen Berichterstattung zunehmend Raum ein. Insbesondere der Gen-Mais des Monsanto Konzerns mit dem Kürzel MON 810 steht dabei im Fokus. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat einen Entschließungsantrag zum Anbau des umstrittenen gentechnisch veränderten Mais der Sorte MON 810 eingebracht. Die SPD-Fraktion fordert darin ein sofortiges Anbauverbot und eine klare Positionierung der Landesregierung zur Ablehnung von GVO.

Hintergrund ist, dass MON 810 nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen keineswegs unbedenklich ist. Die Studien, die zum Zulassungszeitpunkt von MON 810 1998 veröffentlicht wurden, sind mittlerweile durch genauere Untersuchungen überholt. In

einem dem Monsanto-Konzern am 27. April 2007 zugestellten Bescheid des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) heißt es, es gebe berechtigten Grund zu der Annahme, dass der Anbau von MON 810 eine Gefahr für die Umwelt darstelle. So seien die schädlichen Auswirkungen des Bt-Toxin bzw. von Cry1-Proteinen auf Insekten, Insekten, zum Beispiel Bienen, in mehreren wissenschaftlichen Studien aus den Jahren 2000 bis 2008 belegt. Der Monitoringbericht, den der Monsanto-Konzern bis Ende März 2009 beim BMELV vorlegen soll, entspricht laut Bundesamt für Naturschutz (BfN) nicht den gesetzlichen und wissenschaftlichen Mindestanforderungen. Zudem sei es nicht möglich, den genauen Toxin-Gehalt von MON 810 festzustellen. Je nach Messmethode gibt es Abweichungen von bis zu 100 Prozent. In Tierversuchen wurden negative Auswirkungen auf das Immunsystem,

Leber, Niere, Lunge und die Fruchtbarkeit festgestellt. Langzeitauswirkungen unter Freilandbedingungen können ebenfalls nicht dargestellt werden. Daher sind verlässliche Beurteilungen über das gesamte Gefahrenpotenzial nicht möglich.

Der EU-Umweltministerrat hat mit seiner Entscheidung vom 23.2.2009 Österreich und Ungarn zugebilligt, ihre nationalen Anbauverbote für MON 810 aufrecht zu erhalten. Damit hat der Rat deutlich gemacht, dass die wissenschaftlich begründeten Bedenken ernst genommen werden und der Sicherheit Vorrang gegeben wird.

Die SPD fordert mit allem Nachdruck, den Anbau von MON 810 auf sämtlichen Flächen in Niedersachsen ab sofort zu untersagen bzw. diesen auszusetzen. Zudem soll die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Vertrieb von MON 810 wegen der unkalkulierbaren Risiken verboten wird.



Karin Stief-Kreihe,
Sprecherin für den
ländlichen Raum

Mehr Informationen:
www.spd-landtag-nds.de
Menüpunkt: Publikationen

MÖLLRING UND DIE »GÜNSTIGEN MITFLUGGELEGENHEITEN«

SPD thematisiert China-Reise des CDU-Ministers

In Punkt 1 des von der Landesregierung am 16. Dezember 2008 beschlossenen und am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen »Verhaltenskodex gegen Korruption« heißt es: »Korruptes Verhalten schädigt das Ansehen des öffentlichen Dienstes. Es zerstört das Vertrauen in die Unparteilichkeit und Objektivität der Staatsverwaltung und damit die Grundlagen für das Zusammenleben in einem

staatlichen Gemeinwesen. Alle Beschäftigten haben daher die Aufgabe, durch ihr Verhalten Vorbild für Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Bürgerinnen und Bürger zu sein. Eine besondere Verantwortung bei der Korruptionsbekämpfung obliegt allen Führungskräften.« Und die Verwaltungsvorschrift zu § 78 des Niedersächsischen Beamtengesetzes

»Annahme von Belohnungen und Geschenken« untersagt Angehörigen des öffentlichen Dienstes die Annahme solcher Geschenke, die einen Bezug zu ihren dienstlichen Aufgaben haben und den Wert von 10 Euro übersteigen.

Es stellt sich nun die Frage, inwieweit sich auch Kabinettsmitglieder an die genannten

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Bestimmungen halten. So habe zum Beispiel das Unternehmen »Funke Heat Exchanger Systems« aus Gronau bei Hildesheim, der Heimatregion von Finanzminister Möllring, ihn zur Einweihung einer Firmenhalle am 19. März 2009 in China eingeladen. Die Kosten der vier-tägigen Ministerreise ins Yangtze-Delta beliefen sich nach Schätzungen auf einen mittleren vierstelligen Betrag. Mit seiner der »tageszeitung« vom 20. März 2009 zu entnehmenden Aussage, dass er die Welt nicht mehr verstehe und sein Verhalten für »überhaupt nicht als Skandal geeignet« hält, wird seine Uneinsichtigkeit nicht nur deutlich, sondern er zieht damit gleichzeitig die

Integrität der gesamten Landesverwaltung in Zweifel. Wenn die »tageszeitung« den Finanzminister schließlich »schon fast patzig« mit den Worten »So (...) und jetzt gehe ich erst mal auf Kosten von Funke Essen – oder soll ich das bezahlen?« zitiert, wird offensichtlich, wie wenig Möllring seiner Vorbildfunktion gerecht wird.

Bereits vor zwei Jahren war der CDU-Finanzminister mit einem kostenlosen Jetflug aufgefallen, mit dem er sich nach eigenen Angaben einen »Kindertraum« erfüllt hatte. Mit der China-Reise auf Kosten eines Unternehmens aus seinem heimatlichem Umfeld hat er nun erneut eine ebenso günstige

wie fragwürdige Mitfluggelegenheit gefunden. Besondere Beachtung verdienen die Reaktionen der Landesregierung auf Medienanfragen in dieser Angelegenheit. Diesen ist zu entnehmen, dass der Finanzminister eigenen Worten zufolge »keine Bedenken« habe. Und die Wulffsche Staatskanzlei hält es sogar für »absolut zulässig«, eine derartige Reise-Einladung anzunehmen und den Minister als »Türöffner« für die Firma und den Firmenchef auftreten zu lassen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Niedersächsischen Landtags gebeten, diesen bundesweiteinmaligen Vorgang juristisch zu überprüfen.

INITIATIVEN DER SPD-FRAKTION IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG

In dieser Rubrik stellt die SPD-Fraktion ihre wichtigsten Initiativen der vergangenen Wochen vor. Sie stellen eine kleine Auswahl der SPD-Aktivitäten dar.

BILDUNGS-, WISSENSCHAFTS- UND KULTURPOLITIK

Zukunft der Fachhochschulen im Nordwesten sichern!, Drs. 16/1044

Zulassungschao an den niedersächsischen Hochschulen beenden, Drs. 16/1045

Große Anfrage: »Hochschulzugang und Bildungschancen in Niedersachsen«, Drs. 16/590 und Antwort des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, Drs. 16/885

SOZIAL- UND JUGENDPOLITIK

»Neuordnung der Grundsicherung für Arbeitssuchende: Ja zu den »Zentren für Arbeit und Grundsicherung« – Ja zu den Optionskommunen – Ja zur zügigen und kompetenten Betreuung aus einer Hand«, Drs. 16/1051

INNEN- UND RECHTSPOLITIK, VERWALTUNGSREFORM UND SPORT

»Rechtsextremismus konsequent entgegentreten - Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Hannover«, Drs. 16/1053

Kleine Anfrage von Johanne Modder: »Wann können die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger mit der versprochenen Erhöhung ihrer Bezüge rechnen?«

Kleine Anfrage der Abgeordneten Heinrich Aller u.a.: »»Absurdes Theater« im Ministerium für Inneres, Sport und Integration: Schönemann fördert als Sportminister kommunale Sportstätten und verhindert als Innenminister Förderanträge von Kommunen«

Kleine Anfrage des AK Haushalt und Finanzen: »Pecunia non olet, nächster Akt: Der Finanzminister reist auf dem Spesenkonto eines Unternehmers – Doch Ministerpräsident Wulff hat keinerlei Bedenken?«

Kleine Anfrage von Frauke Heiligenstadt und Uwe Schwarz: »Kooperation von Rettungsdienstleitstellen und Einführung von Digitalfunk: Setzt die Landesregierung statt auf ein Konzept nun auf Zwang?«

IMPRESSUM

Herausgeber
SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich
Dr. Cornelius Schley,
Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion
Anita Dicke,
Anita.Dicke@lt.niedersachsen.de
und
Thilo Scholz,
Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de

Anschrift
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover,
www.spd-landtag-nds.de

Layout & Satz
Anette Gilke,
mail@AnetteGilke.de

NEU IM LANDTAG IST...

Bei der Landtagswahl im Januar 2008 sind viele neue Mitglieder in die SPD-Landtagsfraktion gewählt worden. In loser Folge wollen wir sie an dieser Stelle persönlich mit ihren Arbeitsbereichen und -schwerpunkten vorstellen. Weitere Informationen zu den Personen finden Sie auf der Homepage www.spd-niedersachsen.de.

PETRA TIEMANN



Persönliches:

Adresse: Ostpreußenring 10
27449 Kutenholz
Telefon 04762.2769
Fax 04762.922215
petra-tiemann@t-online.de
www.petra-tiemann.de

Geboren: 2. Dezember 1958

Beruf: Medizinisch-Technische Assistentin

Landtag:

Wahlkreis 56 (Stade), zusätzliche Betreuung des Wahlkreises 55 (Buxtehude)

Arbeitsbereiche:

Mitglied im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Mitglied im Unterausschuss für Häfen und Schifffahrt
Stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Häfen und Schifffahrt

Vor Ort:

Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Nord-Niedersachsen

Mitglied im Rat der Samtgemeinde Fredenbeck

Bitte führe folgenden Satz zu Ende:

Über mich sollen die Menschen 2013 sagen können, »Petra Tiemann hat sich immer für uns und unsere Region stark gemacht, hat immer ein offenes Ohr für die BürgerInnen gehabt und ist dabei Mensch geblieben – getreu ihrem Motto von Mensch zu Mensch.«

SABINE TIPPELT



Persönliches:

Adresse: Am Freibad 12
31073 Delligsen
Telefon 05187.3317 (geschäftlich)
Fax 0 51 87.300138 (geschäftlich)
Mobil 01 60.1667706
SabineTippelt@aol.com
www.sabine-tippelt.de

Geboren: 13. September 1961

Beruf: Zahnmedizinische Fachangestellte

Landtag:

Wahlkreis 20 – Holzminden

Arbeitsbereiche:

Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, Sprecherin für Tourismuspolitik der SPD-Landtagsfraktion

Vor Ort:

Seit 1986 Ratsfrau der Gemeinde Delligsen, seit 2001 Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion. Seit 2001 Kreistags-abgeordnete Lkr. Holzminden.

Stellv. Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Holzminden.

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Unterbezirk Holzminden

Bitte führe folgenden Satz zu Ende:

Über mich sollen die Menschen 2013 sagen können, »Sabine hat uns durch ihre engagierte Arbeit und ihren Einsatz für unsere Region überzeugt.«